

**Resolution
verabschiedet vom
47. DPT**



47. Deutscher Psychotherapeutentag 14./15. November 2025 in Berlin

Finanzierung der psychosozialen Versorgung Geflüchteter sichern!

Geflüchtete Menschen mit psychischen Erkrankungen gehören zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen in unserer Gesellschaft. Viele von ihnen haben Krieg, Gewalt und Folter in ihrem Heimatland oder auf der Flucht erlebt. Sie benötigen Stabilität, Sicherheit und einen verlässlichen Zugang zu psychosozialer Unterstützung und psychotherapeutischer Versorgung. Diese Hilfe ist nicht nur Ausdruck humanitärer Verantwortung, sondern psychische Gesundheit ist auch eine Voraussetzung für Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

Umso größer ist die Sorge über die im Bundeshaushalt 2026 vorgesehenen Kürzungen der Finanzmittel für die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ). Diese Zentren leisten seit Jahren unverzichtbare Arbeit: Sie bieten spezialisierte psychotherapeutische Behandlung, psychosoziale Beratung und sind häufig die einzige Anlaufstelle für geflüchtete Menschen, beispielsweise auch aus der Ukraine, die in der Regel keinen Zugang zur Regelversorgung haben und damit von der notwendigen Versorgung ausgeschlossen bleiben.

Die geplanten Mittelkürzungen im Bundeshaushalt 2026 gefährden konkret den Fortbestand der verschiedenen Angebote und vieler dieser Einrichtungen. Bereits in den vergangenen Jahren mussten die PSZ mit massiver Unsicherheit leben, da ihre Finanzierung immer wieder infrage gestellt wurde. Mit der geplanten Kürzung um rund 40 Prozent der Mittel auf nur noch 7 Millionen Euro droht ein massiver Einschnitt bei dieser tragenden Struktur, die über viele Jahre mit verschiedenen, hoch engagierten Fachkräften aufgebaut wurde. Wenn diese Angebote wegbrechen, bleiben psychisch erkrankte Geflüchtete ohne angemessene Hilfe; schon heute reichen die Kapazitäten in den PSZ nicht aus, um der hohen Nachfrage nach Unterstützung nachzukommen.

Es darf nicht jedes Jahr aufs Neue um das finanzielle Überleben dieser essenziellen Angebote für die Versorgung Geflüchteter gehen.

Der Deutsche Psychotherapeutentag fordert deshalb den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung eindringlich auf, die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2026 vollständig zurückzunehmen. Zugleich braucht es endlich eine verlässliche, dauerhafte und gesetzlich

abgesicherte Finanzierung der Psychosozialen Zentren, damit ihre Arbeit langfristig gesichert ist und bundesweit zur Verfügung steht.

Denn psychische Gesundheit ist Grundvoraussetzung für Teilhabe, Integration und ein menschenwürdiges Leben.